

# **Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg**



## **Geschäftsbericht 2013**

## **Inhalt**

Inhalt.....	2
Vorwort .....	3
Der Stiftungsvorstand .....	4
Der Stiftungsrat.....	4
Die Geschäftsstelle.....	5
Förderanträge.....	6
Ausblick 2014 .....	7

## **Vorwort**

Nach der Preisverleihung „Großer Präventionspreis 2012“, bei der insgesamt 12 Projekte nominiert worden waren, hat die Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg auch im Jahr 2013 die Bedeutung von gesundheitsbezogener Prävention und Gesundheitsförderung in den Lebenswelten (Settings) im Sinne des WHO-Konzepts zur Gesundheitsförderung (Ottawa-Charta) mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Da neben Bildung die Gesundheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für Lebensqualität und Wohlstand einer Gesellschaft ist, ist es umso wichtiger, die Gesundheitsförderung und Prävention in Baden-Württemberg weiter zu entwickeln und zu stärken.

Zielgruppen sind insbesondere Kinder und Jugendliche, deren Gesundheit und Wohlbefinden wesentlichen Einfluss auf ihre gesellschaftlichen Chancen und eine gute Entwicklung haben. Dabei sollten die Weichen für ein langes und insbesondere gesundes Leben mit einer hohen Lebensqualität möglichst frühzeitig gestellt werden. Dazu ist es wichtig, neben Verbesserungen der therapeutischen Versorgung, die Möglichkeiten der Prävention konsequent zu nutzen. Weitere Zielgruppen sind angesichts der demografischen Entwicklung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ältere Menschen.

Im Jahr 2013 wurde auch über eine Neuausrichtung des Stiftungseingagements der Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg nachgedacht. Mit der Neuausrichtung des Stiftungseingagements soll das Ziel verfolgt werden, sich auf einen Förderschwerpunkt zu konzentrieren. Beibehalten werden soll der lebensweltorientierte Ansatz, der sich in der Gesundheitsförderung und Prävention als zielführend erwiesen hat.

Darüber hinaus sollen durch die Projekte Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen Netzwerkarbeit und Kooperation, Übertragbarkeit, Nachhaltigkeit sowie Qualitätsmanagement und Evaluation gesetzt werden. Die Diskussion über eine Neuausrichtung ist noch nicht abgeschlossen. Die finanziellen Möglichkeiten der Stiftung sind aufgrund der finanziellen Gesamtsituation derzeit eingeschränkt.

Im Jahr 2013 fanden zwei Stiftungsratssitzungen am 21. Januar 2013 sowie am 16. Dezember 2013 statt. Sitzungsort war das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Sonstige anfallende Beschlüsse wurden vom Stiftungsrat im Umlaufverfahren beschlossen.

## **Der Stiftungsvorstand**

Frau Ministerin Katrin Altpeter MdL  
Vorstandsvorsitzende

Herr Ministerialdirigent Dr. Joachim Kohler  
Stellvertretender Vorsitzender

Herr Dr. Christopher Hermann  
Vorsitzender des Vorstandes der AOK Baden-Württemberg  
Vorstandsmitglied

## **Der Stiftungsrat**

Herr Ministerialdirektor Jürgen Lämmle  
Stiftungsratsvorsitzender

Herr Karl Weinmann  
Stiftung Sport in der Schule

Herr Siegmar Nesch  
Stv. Vorstandsmitglied der AOK Baden-Württemberg

Herr Reinhold Löchel  
Vorstand BKK Aesculap

Herr Markus Saur  
Leiter des Geschäftsgebietes Baden-Württemberg der DAK Gesundheit

Frau Carola Maute-Stephan  
Geschäftsführerin des Verbandes der pharmazeutischen Industrie e.V.  
Landesverband Baden-Württemberg

Herr Andreas Schwarz  
Direktor der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg

Herr Albrecht Mayer  
Vorstand IKK classic

Frau Jacqueline Kühne  
Stellvertreterin des Vorstandes BKK Landesverband Baden-Württemberg

Herr Prof. Klaus Hekking  
Vorstandsvorsitzender der SRH Holding (SdbR) Heidelberg

Herr Harald Müller (Landesgeschäftsführer der Barmer GEK Baden-Württemberg),  
Herr Andreas Vogt (Leiter der TK-Landesvertretung Baden-Württemberg),  
Herr Markus Saur (Leiter des Geschäftsgebietes Baden-Württemberg der DAK Gesundheit)  
Herr Andreas Häfferer (Landesgeschäftsführer der KKH Allianz)  
-im jährlichen Wechsel für die Stiftergemeinschaft der Ersatzkassen-

Herr Peer-Michael Dick  
Hauptgeschäftsführer Südwestmetall Verband der Metall- und Elektroindustrie

Frau Ulrike Knirsch  
Roche Pharma AG

Herr Ministerialdirektor Wolfgang Reimer  
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

## **Die Geschäftsstelle**

Herr Dr. Jürgen Wuthe  
Geschäftsführer

Herr Manfred Votteler  
Stellvertretender Geschäftsführer

Frau Ulrike Fessler  
Geschäftsstelle (bis 31. März 2013)

## **Förderanträge**

Bei der Geschäftsstelle der Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg sind im Jahr 2013 zwei Anfragen bezüglich Fördermöglichkeiten im Rahmen des nächsten Präventionspreises sowie zehn Förderanträge eingegangen.

Die Anträge auf Förderung reichten von finanziellen Zuschüssen zu Druckkosten für ein Manuskript bzw. eine Dissertation, bis zu finanzieller Unterstützung für den Bau eines Familienzentrums, für die Durchführung von Skateboard Workshops, für die Schaffung eines Indoor-Raums mit Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten, für die Fertigstellung und Veröffentlichung eines Films, für die Erhöhung der beruflichen Vermittlungschancen von übergewichtigen Jugendlichen, für die Schaltung einer Service-Rufnummer für gesundheitliche und soziale Themen, für die Verhinderung von sexuellem Missbrauch von Kindern und für die bauliche Erweiterung von Räumlichkeiten.

Bei der 8. Stiftungsratssitzung der Stiftung am 16. Dezember 2013 in Stuttgart wurde vereinbart, dass durch die Geschäftsstelle ein Bewertungsverfahren eingeleitet wird. Dabei sollten die einzelnen Projekte unter Berücksichtigung der laut der Satzung möglichen Förderfähigkeit und der voraussichtlichen Gesamtkosten von der Geschäftsstelle geprüft werden.

Nach Erstellung einer synoptischen Übersicht der Anträge mit einem jeweiligen Beschlussvorschlag durch die Geschäftsstelle sollte diese dann den Beiratsmitgliedern zur Abstimmung im Umlaufverfahren zugesandt werden.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Wurde im ersten Halbjahr 2014 abgeschlossen.

## **Ausblick 2014**

Wie bereits im Jahr 2013 angedacht, wird zurzeit über eine Neuausrichtung des Stiftungsengagements der Stiftung für gesundheitliche Prävention diskutiert.

Da Nachhaltigkeit ein wesentlicher Faktor von Gesundheitsförderung und Prävention ist, ist geplant zukünftig Städte, Stadtquartiere, Kommunen und Gemeinden finanziell zu fördern, die die Themen Gesundheitsförderung und Prävention als kommunalpolitisches Handlungsfeld integrieren.

Eine zentrale Lebenswelt (Setting) der Menschen ist die Gemeinde bzw. die Stadt / das Stadtquartier mit spezifischen kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. In Städten und Gemeinden sind zentrale Lebenswelten wie Kindertagesstätten, Schulen und Betriebe verankert und organisiert. Auf dieser Ebene ist es möglich die Aktivitäten und Akteure der verschiedenen o.g. Lebenswelten in der Kommune zusammenzuführen und zu unterstützen, Maßnahmen zu bündeln und zu koordinieren und die jeweiligen Vorhaben nachhaltig aufeinander abzustimmen.

Darüber hinaus ist geplant auch zukünftig jährlich einen „Gesundheitsförderpreis“ auszuschreiben, an dem sich Organisationen, Betriebe und Einrichtungen beteiligen können, die in Städten, Stadtquartieren, Kommunen oder Gemeinden aktiv sind und die bereits Gesundheitsförderung und Prävention betreiben, z.B. im Rahmen von „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ oder im Rahmen von Bürgerbeteiligung bei Gesundheitsthemen.

Es soll erreicht werden, dass aus Projekten langfristig angelegte Programme werden, oder dass schon bestehende Programme zu Gesundheitsförderung und Prävention fest in kommunalpolitisches Handeln verankert werden und andere Projekte als Module in ein Gesamtkonzept integriert werden.

Laut einer Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums soll ein Präventionsgesetz noch im Jahr 2014 verabschiedet werden. Eine der vorrangigen Aufgaben des geplanten Präventionsgesetzes wird es sein, gerade in den Bereichen der betrieblichen und nicht-betrieblichen Lebenswelten die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang besteht unter Umständen die Möglichkeit einer Neustrukturierung der Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg mit Festlegung der zukünftigen Aufgaben.